

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2003



Kein Europa bis zur Wasserleitung

Wie gut, dass es „Europa“ gibt. Dieser Feststellung stimmen die meisten Menschen zu – ob sie Bürger eines Staates sind, der schon der Europäischen Union angehört, oder ob sie sich noch auf den Beitritt ihrer Länder vorbereiten. Europa ist eine politische und wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Daher ist es nicht erstaunlich, dass die Idee, dieses „Europa“ solle sich eine Verfassung geben, auf viel Zustimmung auch bei denen stößt, die sich für Fragen des Verfassungsrechts eigentlich nicht interessieren. „Eine Verfassung ist Ausdruck dafür, dass wir Europäer zusammengehören, also sollten wir eine Verfassung haben.“

Das reicht zur Begründung des Wunsches nach einer Verfassung, aber es reicht nicht zum Schreiben einer rundum guten Verfassung. Das Bestreben, die Einigkeit zu betonen, kann sogar in die falsche Richtung führen – nach dem bekannten Spruch: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.“

Europa braucht den Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten für die Wanderung von Menschen, Gütern, Diensten und Kapital. Europa braucht eine Kommission, die die Freiheiten des Binnenmarktes verteidigt. Und der Euro braucht einen Stabilitätspakt, der ihn vor überbordenden Staatsschulden schützt. Aber braucht Europa eine einheitliche Einkommensteuer? Nein. Braucht Europa ein einheitliches Modell von Ortskrankenkassen? Auch nicht. Braucht Europa unter dem Stichwort „Daseinsvorsorge“ eine Bürokratie, die die Einheitlichkeit der Wasserqualität von Portugal bis Polen vorschreibt und kontrolliert? Ebenfalls nicht.

Europa braucht eine klare Abgrenzung von Zuständigkeiten in nationaler und in europäischer Verantwortung. Europa braucht den Wettbewerb der politischen Ideen und Gestaltungsformen. Europa braucht Einigkeit in Vielfalt. Dann wird Europa eine Erfolgsgeschichte bleiben. Ob es so kommt, entscheidet sich jetzt – in der Debatte über die Verfassung.

Hans D. Barbier

UMTS-Dienste gesucht

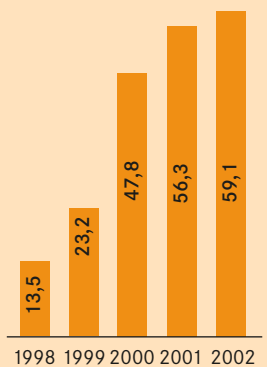
Wer vor drei Jahren eine Lizenz für das Universal Mobile Telecommunications System – kurz: UMTS – ersteigern wollte, musste zusichern, dass er bis Herbst 2003 eine funktionsfähige Infrastruktur aufgebaut hat und ab Frühjahr 2004 entsprechende Anwendungen anbieten kann. Die UMTS-Technik verspricht sechsfache ISDN-Geschwindigkeit. Wer telefonieren möchte, braucht dazu kein UMTS. Für die UMTS-Handys müssen neue Anwendungen her.

Ende September 2003 ist die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz aktiviert worden, um bei der Suche nach sinnvollen Inhalten zu helfen. Die Landesregierung und das Unternehmen Vodafone wollen per Preisausschreiben dafür sorgen, dass ansprechende Handy-Ideen gefunden werden. Mit dem Ideenwettbewerb sind „alle interessierten Rheinland-Pfälzer – vom Schüler bis zum Unternehmer – aufgerufen, ihre Nutzungsmöglichkeiten für die neuen UMTS-Handys zu formulieren“, ermuntert der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage die Landeskinder. Jedes Handy ein Hosentaschen-Fernseher mit Bildern in Briefmarkengröße – brauchen wir das wirklich?

www.ideenwettbewerb-umts.rlp.de/teilnahme.htm
www.izm.de

Handy-Nutzer

in Deutschland in Millionen



Quelle: Infozentrum Mobilfunk

Herein kommen, um hinaus zu finden

Unternehmen möchten ihre Kunden „emotional ansprechen“. Und weil es zum vermeintlich guten Ton gehört, wird immer öfter in englischer Sprache geworben. Erreichen diese „messages“ ihre „target groups“ überhaupt? Eher nicht, hat die Agentur Endmark aus Köln in einer Umfrage unter 14- bis 49-jährigen herausgefunden: Zehn von zwölf aktuellen Werbesprüchen werden von weniger als der Hälfte der Befragten verstanden.

Die Parfümeriekette Douglas wirbt beispielsweise mit „Come in and find out“, was gut die Hälfte der Befragten mit „Komm herein und finde wieder heraus“ übersetzt. Mitsubishis Aufforderung „Drive Alive“ wird übersetzt

mit „Fahre lebend“. Vielleicht sollten Hersteller und Werber die Bedürfnisse des Verbrauchers in den Vordergrund stellen. Nutzerorientierung, Bedienkomfort und Verlässlichkeit klingen – zugegeben – wenig „hip“.

www.endmark.de/aktuell.php3?topic=aktuell

Millionenfaches Dosenpfand wartet

Nach einer Umfrage des Umweltbundesamtes befürworten 66 Prozent der Befragten nach wie vor das Dosenpfand, wobei 60 Prozent als Begründung angeben, das Dosenpfand diene der Umwelt. Die praktische Konsequenz aus dieser Einschätzung ist erstaunlich: Viele Verbraucher bringen ihre leeren Dosen und Plastikflaschen nicht zurück, sondern werfen sie in den Müll und verzichten auf ihr Pfandgeld.

Im August 2003 hat der Westdeutsche Rundfunk berichtet, dass rund 80 Prozent der Verpackungen trotz des Pfandes im Abfalleimer landen. Bis Oktober wurden dadurch schätzungsweise 450 Millionen € Pfandgeld nicht eingelöst.

Von diesem „Pfandschlupf“ bleiben über die Mehrwertsteuer rund 75 Millionen € in der Kasse des Bundesfinanzministers; bei schätzungsweise 42 Milliarden € neuen Schulden in diesem Jahr eher der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Den Rest des Pfandgeldes verwahren die Händler: Nach der geltenden Verpackungsverordnung müssen sie das Pfandgeld drei Jahre lang bereithalten.

Welthandel: Kein Durchbruch für die Armen

Auf der WTO-Ministerkonferenz in Cancún sollten Handelserleichterungen verabredet werden, die vor allem den Entwicklungsländern genützt hätten. Die Konferenz ist gescheitert.

Die 5. Ministerkonferenz der WTO (Welthandelsorganisation) vom 10. bis 14. September 2003 im mexikanischen Cancún sollte dem entscheidenden Instrument im Kampf gegen die Armut zum Durchbruch verhelfen: dem Freihandel. Trotz großer Hoffnungen, die weltweit an das Treffen geknüpft worden waren, endeten die Verhandlungen ergebnislos. Globalisierungsgegner feierten den Ausgang der Konferenz als Erfolg für die Entwicklungsländer. Tatsächlich aber sind gerade sie die Verlierer von Cancún.

Das zentrale Thema, bei dem die Entwicklungsländer Fortschritte erzielen wollten, waren die Subventionen, die in den USA, Japan und Europa der Landwirtschaft gewährt werden. Eine 21 Länder starke Gruppe von Entwicklungsländern forderte die Abschaffung sämtlicher Exportsubventionen sowie aller bestehenden Importbeschränkungen für Agrarprodukte.

Protektionismus verhindert Entwicklung

Die Industriestaaten schützen ihre Landwirtschaft mit Anbauprämien und Zollbarrieren gegen Nahrungsimporte. So werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte weit unter die Produktionskosten gedrückt und Konkurrenten aus dem Ausland fern gehalten. Es geht um beträchtliche Summen. Die Kühe in der EU erhalten alles in allem mehr Unterstützung – Subventio-

nen plus Schutzzölle –, als die Hälfte der Weltbevölkerung zum Leben hat. Ein Drittel des Einkommens aller Bauern in der „Ersten Welt“ stammt aus Subventionen. Im Jahr 2002 zahlten die westlichen Agrarländer knapp 300 Milliarden € an Agrarunterstützungen – etwa fünfmal so viel wie ihre gesamte Entwicklungshilfe in Höhe von 59 Milliarden €.

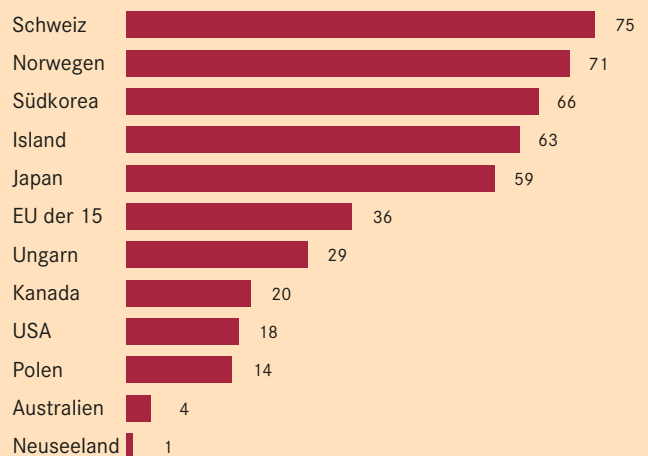
Dieser Protektionismus hat erhebliche Auswirkungen auf den Welthandel. Entwicklungsländer können ihre Ernten wegen der hohen Zölle nicht in der EU, in den USA oder in Japan verkaufen. Noch gravierender: Subventionierte Lebensmittel aus den Industrieländern verderben die Preise in den ärmeren Ländern und drängen die einheimischen Bauern aus dem Geschäft.

Das hat fatale Folgen: Die Zahl der ärmsten Länder – laut Definition der Weltbank – hat sich seit Ende der siebziger Jahre von 25 auf 49 verdoppelt; 34 dieser Staaten liegen in Afrika. Jeden Tag sterben 30 000 Kinder an Hunger und Krankheit. Und trotz insgesamt wachsender Weltwirtschaft muss die Hälfte der Menschen auf der Welt mit zwei Dollar oder weniger pro Tag leben.

Schätzungen der Weltbank zufolge könnte das Einkommen der Entwicklungsländer allein durch den uneingeschränkten Zugang zu den Agrarmärkten der Industrieländer und durch die Abschaffung der Exportsubventionen jährlich um 11,6 Milliarden Dollar steigen. Um weitere neun Milliarden Dollar jährlich könnte ihr Einkom-

Agrarsubventionen

Subventionsanteil am Einkommen der Landwirte in Prozent



Quelle: OECD, Stand 2002



„Weltweite Regeln müssen von allen verhandelt werden, im Interesse aller und verpflichtend für alle. Heute wird zu viel hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Es gibt zu viel Schutz für Sonderinteressen und zu viele gebrochene Versprechen.“

Kofi Annan, UN-Generalsekretär

men durch den uneingeschränkten Zugang zum Handel mit Textilien wachsen.

Die Industrieländer sind am Zug

Nach dem Scheitern der Konferenz schieben sich die Teilnehmer gegenseitig die Schuld zu. Aus Sicht der USA und der EU haben die Entwicklungsländer überzogene Forderungen gestellt. Außerdem hätten die ärmeren Länder sich in einigen Fragen nicht kompromissbereit gezeigt. Zum Beispiel sei es nicht zum Abschluss so genannter Investitionsschutzabkommen gekommen, die garantieren, dass Unternehmen aus den USA und der EU in allen WTO-Staaten ungehindert Fabriken bauen können.

Aus Sicht der Entwicklungsländer haben die WTO-Vereinbarungen, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank in den vergangenen beiden Jahrzehnten dafür gesorgt, dass die Entwicklungsländer ihre Märkte geöffnet sowie Zölle und Handelsbarrieren abgebaut haben. Es wäre die Aufgabe der Industrieländer gewesen, den nächsten Schritt zu machen. Doch Europäer, Amerikaner und Japaner haben sich nicht bewegt. Der Agrarmarkt – der einzige Markt, auf dem die Entwicklungsländer überhaupt Nennenswertes anzubieten haben – bleibt abgeriegelt.

Freihandel ist keine Einbahnstraße

In Cancún wäre es um die Einlösung des Versprechens gegangen, dass freier Welt-handel, der ungehinderte

Austausch von Gütern und Dienstleistungen, auch den Armen dieser Welt dauerhaft zugute kommt. Das Prinzip des Freihandels ist einfach: Jeder produziert, was er besser und billiger herstellen kann als andere. Dadurch nimmt die internationale Arbeitsteilung und damit die Produktivität aller Beteiligten zu. Wenn die hergestellten Waren ungehindert ausgetauscht werden können, profitieren Konsumenten und Produzenten in allen Ländern davon. Der wachsende Welt-handel ist eine der Ursachen für die Wohlstandsgewinne der vergangenen 50 Jahre.

Die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft bietet nicht nur den Industriestaaten Gewinnchancen, auch die Entwicklungsländer können – wenn die Rahmenbedingungen stimmen – ihren Vorteil daraus ziehen. Das bedeutet aber: Nicht nur das internationale Regelwerk der WTO muss stärker als bislang auf die Belange der so genannten Dritten Welt zugeschnitten werden. Vielmehr müssen die Entwicklungsländer gezielt in den Stand versetzt werden, sich stärker am Welthandel zu beteiligen. Das setzt vor allem gerechte Marktchancen voraus, kann aber genauso technische Hilfe und Beratung in den Entwicklungsländern bedeuten. Die WTO ist für diesen Zweck besonders geeignet, weil ihre Regeln für alle beteiligten Länder gleichermaßen gelten und sich im Streitfall einklagen lassen.

Die Beseitigung von Handelsbarrieren könnte der Weltwirtschaft neuen Schwung

Aufgaben der WTO

Die WTO mit Sitz in Genf wurde am 1. Januar 1995 als Nachfolgerin des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) gegründet. Die internationale Organisation hat die Aufgabe, ein multilaterales Handelssystem zu verwirklichen und zu wahren. Diese Aufgabe nimmt sie wahr, indem sie:

- auf Einhaltung der Grundregeln für internationale Handelsbeziehungen achtet,
- die Einhaltung der WTO-Abkommen überwacht,
- bei Handelsstreitigkeiten vermittelt,
- Entwicklungsländern technische Hilfe zu Ausbildung von Arbeitskräften und zur Unterstützung in der Verwaltung gibt,
- als Forum für multilaterale Verhandlungen dient und
- die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie zum Beispiel Weltbank und Internationaler Währungsfonds koordiniert.

verleihen. Erleichterungen beim internationalen Handel zahlen sich in barer Münze aus. Weltbank und Internationaler Währungsfonds halten – je nach Grad der Handelserleichterungen – einen Zuwachs des weltweiten Brutto-sozialprodukts um 250 bis 620 Milliarden \$ für möglich.

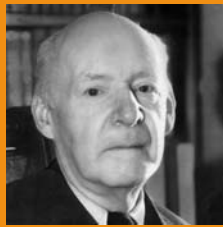
Bei den nächsten Verhandlungen Mitte Dezember in Genf am Hauptsitz der WTO wird es wieder darum gehen, die Bedingungen für freien Handel zu verbessern. Das pessimistische Szenario wäre das komplette Scheitern des

jahrelangen Verhandlungsmarathons. Dann würden sich die großen Handelsmächte wahrscheinlich vom Prinzip des Freihandels verabschieden und sich verstärkt Einzelverträgen zwischen zwei Staaten – so genannten bilateralen Verträgen – oder regionalen Freihandelsabkommen zuwenden. Leidtragende wären die Entwicklungsländer. Sie würden mit multilateralen Vereinbarungen, bei denen Regeln geschlossen werden, die für alle 146 WTO-Mitglieder gelten, besser fahren.

Spitzeneinfuhrzölle

in Prozent	Weizen	Rindfleisch	Zucker	Textilien
Europäische Union	138,9	132,3	202,7	10,6
Vereinigte Staaten	11,6	17,0	41,0	58,8
Japan	308,0	113,5	311,0	19,0

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft



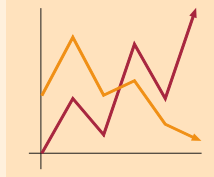
„In der deutschen Politik geschieht das Vernünftige nicht, weil es vernünftig ist, sondern erst, wenn gar nichts anderes mehr übrig bleibt, als das Vernünftige zu tun.“

Gustav Radbruch, deutscher Rechtswissenschaftler

IM KLARTEXT

Oktober 2003

SM Index



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2003

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg (Eurostat) hat im August 2003 in der Eurozone 12,4 Millionen und in den 15 EU-Mitgliedstaaten 14,3 Millionen Männer und Frauen ohne Arbeit gezählt. Die Arbeitslosenquote blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert bei 8,8 Prozent. Niedrige Arbeitslosenquoten verzeichneten Luxemburg (3,8 Prozent), die Niederlande (4,1 Prozent im Juli), Österreich (4,5 Prozent) und Irland (4,7 Prozent). Spanien

verbuchte mit 11,4 Prozent die höchste Arbeitslosenquote innerhalb der EU. Auf dem Gipfel in Lissabon im März 2000 hat sich die EU zum Ziel gesetzt, innerhalb von zehn Jahren Vollbeschäftigung zu schaffen. Diesem Ziel ist sie in den vergangenen drei Jahren nicht näher gekommen.

Eigenverantwortung

Auf die Frage, welche Subventionen am ehesten abgeschafft oder gekürzt werden könnten, nannten in einer Forsa-Umfrage 60 Prozent der Befragten an erster Stelle die Steuerfreiheit von Aktiengewinnen. 53 Prozent fanden, man könne am ehesten die Zuschüsse für Steinkohle streichen, und für eine Änderung bei der Steuerbefreiung auf Flugbenzin sprachen sich 51 Prozent der Bundesbürger aus.

Für einen Subventionsabbau, der einen selbst betrifft, gibt es wenig Zustimmung: 66 Prozent der befragten Existenzgründer lehnten beispielsweise eine Kürzung von Gründer-Vergünstigungen ab. Pendler und Häuslebauer wa-

Subventionen

2002, in Milliarden €

Verbraucherschutz	1,742
Gewerbliche Wirtschaft	9,930
Verkehr	1,251
Wohnungswesen	5,998
Sparförderung	0,704
Sonstige	1,820
Ausnahmen Öko-Steuer	4,613
Summe	26,058

Quelle: 18. Subventionsbericht des Bundes

ren ebenfalls mehrheitlich gegen das Kürzen der Entfernungspauschale und der Eigenheimzulage. Schichtarbeiter fanden, ihre Zuschläge sollten steuerbefreit bleiben. Nur fünf Prozent der Befragten wollten alle Subventionen ersatzlos streichen. „Weg mit den Subventionen, aber nicht mit meinen“, so lässt sich das Ergebnis der Umfrage zusammenfassen.

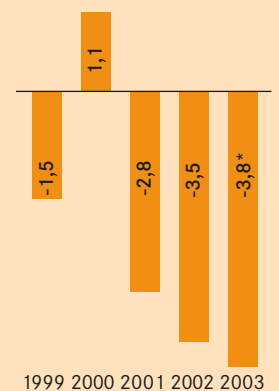
Geldwertstabilität

Deutschland wird auch in diesem Jahr wieder gegen den Europäischen Stabilitätspakt verstoßen. Das Defizit wird nach jüngsten Schätzungen des Bundesfinanzministeri-

ums bei mindestens 3,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Schon 2002 hatte Deutschland mit einem Defizit von 3,5 Prozent das 3-Prozent-Kriterium verfehlt. Auch Frankreich wird das Defizitkriterium erneut verletzen. Wenn schon die beiden größten EU-Volkswirtschaften die selbst gesetzten Regeln nicht einhalten – wie sollen kleinere Mitgliedsländer überzeugt werden, dass Haushaltsdisziplin Voraussetzung für einen dauerhaft stabilen Euro ist?

Budgetsaldo

in Prozent des BIP



* geschätzt

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Arbeitslose

in Prozent der Erwerbstätigen

	Juli	August
EU 15	8,0	8,0
Eurozone	8,8	8,8
Luxemburg	3,8	3,8
Niederlande	4,1	*
Österreich	4,5	4,5
...		
Finnland	9,1	9,0
Frankreich	9,4	9,4
Deutschland	9,4	9,4
Spanien	11,4	11,4

* Daten nicht verfügbar

Quelle: Eurostat

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard